

10 Euro Mindestlohn - sofort!

Lohndumping eindämmen, Altersarmut wirksam vorbeugen

Das statistische Bundesamt hat am 10. September eine aktuelle Studie vorgestellt: Stundenlöhne unterhalb von 10,36 Euro liegen demnach im Niedriglohnbereich. Jede und jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro die Stunde.

Besonders betroffen sind Beschäftigte in Leiharbeit, Mini- und Teilzeitjobs sowie mit befristeten Arbeitsverträgen: Ein Viertel aller Beschäftigten! Fast die Hälfte der so genannten atypisch Beschäftigten erhält einen Niedriglohn. „Ein Grund für den Anstieg des Anteils der Niedriglohnbezieher [...] ist die langfristige Zunahme der atypischen Beschäftigung“, so der Präsident des statistischen Bundesamtes.

Niedriglöhne wirken sich auch verheerend für die Altersvorsorge aus. Die Bundesregierung erklärte bereits im Mai 2011 auf eine Nachfrage der LINKEN, dass ein Stundenlohn von 10 Euro notwendig sei, damit Vollzeitbeschäftigte, die 45 Jahre lang durchgehend beschäftigt waren, eine Rente oberhalb der Grundsicherung in Höhe von 684 Euro im Monat erreichen. Auch für die Rente ist damit amtlich: Ein Mindestlohn von 10 Euro ist unverzichtbar, soll Altersarmut vermieden werden.

Die Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro hätte einen deutlichen Effekt auf die Steuereinnahmen, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Mai 2011 belegt. Ein Mindestlohn von 10 Euro würde 12,8 Milliarden Euro an Mehreinnahmen in die öffentlichen Kassen spülen.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 19.09.2012. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

10 Euro Mindestlohn - sofort!

Lohndumping eindämmen, Altersarmut wirksam vorbeugen

Das statistische Bundesamt hat am 10. September eine aktuelle Studie vorgestellt: Stundenlöhne unterhalb von 10,36 Euro liegen demnach im Niedriglohnbereich. Jede und jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro die Stunde.

Besonders betroffen sind Beschäftigte in Leiharbeit, Mini- und Teilzeitjobs sowie mit befristeten Arbeitsverträgen: Ein Viertel aller Beschäftigten! Fast die Hälfte der so genannten atypisch Beschäftigten erhält einen Niedriglohn. „Ein Grund für den Anstieg des Anteils der Niedriglohnbezieher [...] ist die langfristige Zunahme der atypischen Beschäftigung“, so der Präsident des statistischen Bundesamtes.

Niedriglöhne wirken sich auch verheerend für die Altersvorsorge aus. Die Bundesregierung erklärte bereits im Mai 2011 auf eine Nachfrage der LINKEN, dass ein Stundenlohn von 10 Euro notwendig sei, damit Vollzeitbeschäftigte, die 45 Jahre lang durchgehend beschäftigt waren, eine Rente oberhalb der Grundsicherung in Höhe von 684 Euro im Monat erreichen. Auch für die Rente ist damit amtlich: Ein Mindestlohn von 10 Euro ist unverzichtbar, soll Altersarmut vermieden werden.

Die Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro hätte einen deutlichen Effekt auf die Steuereinnahmen, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Mai 2011 belegt. Ein Mindestlohn von 10 Euro würde 12,8 Milliarden Euro an Mehreinnahmen in die öffentlichen Kassen spülen.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 19.09.2012. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin